

**Bündnis 90/Die Grünen Fraktion  
im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

In den  
Internationalen Ausschuss  
Organisations- und Personalausschuss  
Verwaltungsausschuss

**Haushaltsplan 2012 - Ergebnishaushalt  
Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt  
Hannover zur DS 1896/2011**

**Teilhaushalt:** 15 - Büro Oberbürgermeister

**Produkt:** 11103 – Grundsatzangelegenheiten

**Antrag zu beschließen:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 01.07.2012, möglichst in Kooperation mit der Region, ein Internetportal gegen Rassismus und Rechtsextremismus und darüber hinaus eine Kontaktstelle / AnsprechpartnerIn bei der Stadtverwaltung zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus einzurichten. Hierbei ist eine Verbindung mit der vorhandenen städtischen Antidiskriminierungsstelle (ADS) vorzunehmen.

**Begründung:**

Die geforderten Maßnahmen sollen dazu dienen, die öffentliche Aufklärung und den Informationsaustausch über Rassismus und Rechtsextremismus im Sinne ihrer Bekämpfung zu erweitern. Insbesondere ist dabei auch die seit 1999 vorhandene städtische Antidiskriminierungsstelle (ADS) stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Aufgrund der gegenwärtigen Sachlage haben die Maßnahmen eine besondere Wichtigkeit und Dringlichkeit.

Laut Medienberichten konnten Mitglieder der rechtsradikalen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NU) aus Zwickau und ihr bundesweites HelferInnen-Netzwerk mehr als zehn Jahre Mordanschläge und weitere Verbrechen gegen MigrantInnen und weitere Ziele planen und durchführen ohne erkannt zu werden. Es bestehen Verbindungen dieser rechtsradikalen Terroristen in den Raum Hannover. Bundesweit wurden seit dem 03.10.1990 insgesamt mindestens 182 rassistisch und rechtsextremistisch motivierte Morde begangen. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer viel höher liegt

Es ist bekannt, dass rechtsextreme Gruppen versuchen, Hannover als Zentrale im norddeutschen Raum zu etablieren. Hierzu dienen die jährlich stattfindenden Demonstrationen in Bad Nenndorf. Bei ihrem rassistischen und antidemokratischen Kampf bedienen sie sich immer perfiderer Mittel. Hierzu gehören gewaltsame Angriffe auf MigrantInnen, alternative Jugendliche, demokratische Parteien, sowie alle Menschen die nicht in ihr Weltbild passen.

Wir begreifen uns als eine Stadtgesellschaft gegen Rassismus und menschenfeindliche Einstellungen. Deshalb engagieren wir uns in allen Initiativen, die für mehr Aufklärung und Zivilcourage eintreten und unterstützen sie nach Kräften. Wir werden Rassismus und Rechtsextremismus effektiv Paroli bieten und setzen uns für einen parteiübergreifenden Konsens zu deren öffentlichen Ächtung ein.

Christine Kastning  
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau  
Fraktionsvorsitzender